
Leitantrag

Gut leben - Aus eigener Kraft!



Herausgeber: Junge Union Bayern – Landessekretariat
Franz Josef Strauß-Haus, Mies-van-der-Rohe-Straße 1, 80807 München
Telefon: 0 89/12 43 207
Mail: ju@ju-bayern.de

1 **UNSER BAYERN: AUS EIGENER KRAFT ZU EINEM GUTEN LEBEN!**

2 Bayern ist der Motor Deutschlands. Als Junge Union Bayern wissen wir, dass wir zum einen
3 auf einem starken Erbe aufbauen können, zum anderen aber auch, dass die größte Gefahr für
4 eine gelungene Zukunft der Erfolg der Gegenwart ist. Vor dem Hintergrund zahlreicher Her-
5 ausforderungen des 21. Jahrhunderts fühlen wir uns verpflichtet, dieses Erbe nicht nur als
6 Sachwalter zu wahren, sondern unsere Zukunft, und die unserer Kinder, aktiv zu gestalten.
7 Hierbei ist für uns die Richtschnur klar: Wir wollen ein Land, in dem es jedem einzelnen mög-
8 lich sein muss, für sich selbst, seine Familie sowie unsere Gesellschaft Verantwortung zu über-
9 nehmen und sich aus eigener Kraft ein gutes Leben aufzubauen. Wir wollen keinen paterna-
10 listischen Staat, der die hart arbeitenden Bürger dieses Landes mit überbordenden Steuerbe-
11 lastungen knechtet, die produktiven Kräfte der Leistungsträger erstickt – nur um sie dann mit
12 ausufernden und verwaltungsintensiven Sozialleistungen wieder zu alimentieren. Das ist
13 nicht sozial, sondern elitär und wohlstandsvernichtend. Des Weiteren halten wir nicht blind
14 an einem Verwaltungsstaat fest, der in die privaten Lebensbereiche der Menschen eindringt
15 und die Kommunen lähmt. Das ist nicht konservativ, sondern anmaßend und demokratiege-
16 fährdend. Darüber hinaus wollen wir keinen Staat, der mit scheinbar höherer Moral die Auf-
17 gaben der Gegenwart in die Zukunft delegiert, der den Lebensplänen der Menschen im Weg
18 steht und sie bei der freien Entfaltung ihrer Kräfte behindert. Das ist nicht liberal, sondern
19 staatsgläubig und antihumanistisch. Für die Junge Union Bayern ist klar: Der Geist der Zukunft
20 muss getragen sein vom Gedanken, dass sich Leistung lohnt, Fleiß auszahlt und die Verwirk-
21 lichung der eigenen Kräfte der entscheidende Weg zum Glück ist. Kernpfeiler dieser Gestal-
22 tungsaufgabe sind aus unserer Sicht: Eine Generation, die ihre eigene Zukunft selbst in die
23 Hand nimmt, starke Familien als solidarische Grundstruktur, selbstbestimmte Kommunen und
24 Vereine, eine Wirtschaftskultur von Machern sowie eine leistungsfähige Bürokratie. Der Staat
25 ist hier nicht Teil der Lösung, sondern des Problems. *Per aspera ad astra* – aus eigener Kraft
26 zu einem guten Leben. Dieser Satz gilt mehr denn je und ist das Leitmotiv eines modernen
27 Konservatismus, einer effizienten Verwaltung und einer kraftvollen Gesellschaft.

28 **AUS EIGENER KRAFT: LEISTUNGSSTARKE BILDUNG FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN**

29 Die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben sind die freie Entfaltung und Bildung
30 aller menschlichen Fähigkeiten. Dem stehen Cancel Culture, Deplatforming, ideologische
31 Sprachpolitik und Political Correctness entgegen, weshalb die bayerische Bildungspolitik sich

32 nachhaltig zur Wissenschafts- und Meinungsfreiheit bekennt sowie diese aktiv verteidigt. Un-
33 ser Verständnis von Bildung fußt auf dem einzelnen Menschen, mit seinen spezifischen Ta-
34 lenten und Lebenszielen. Wir stellen uns sowohl gegen eine rein an ökonomischen Prognosen
35 orientierte Bildungsorganisation als auch gegen eine auf Ergebnisgleichheit abzielende Ein-
36 heitsschule oder vollständige Akademisierung.

37 Wir wollen das differenzierte Bildungssystem in Bayern, in allen Regionen und flächende-
38 ckend, weiterentwickeln. Es soll jedem möglich sein, den persönlichen „pursuit of happiness“
39 zu verwirklichen. Ein erfolgreiches Leben und eine hochwertige Bildung kann nur durch Fleiß,
40 Anstrengung und persönliche Leistung gelingen. Wir setzen dabei auf:

- 41 • eine stärkere **Charakterbildung** und die Ausprägung von Problemlösungskompetenzen,
42 was eine deutliche Entbürokratisierung der Bildung erfordert;
- 43 • **qualitativ hochwertigere Bildung**, um dem Fachkräftemangel zu begegnen;
- 44 • **lebenslanges Lernen** sowie auf eine stärkere Praxisorientierung in der beruflichen Bil-
45 dung und mehr Interdisziplinarität in der theoretischen Bildung, damit Bayern weiter
46 Treiber des Fortschritts bleibt;
- 47 • eine **freie Forschung** und dynamische Lehre, anstatt staatlicher Forschungsagenden
48 und bürokratische Lehre.

49 ***Vielfalt statt Einfalt - für ein leistungsgerechtes Schulsystem***

50 Beste Bildung bedeutet nicht, alle gleich, sondern jeden individuell, nach seinen Talenten und
51 Fähigkeiten zu fördern. Unsere Jüngsten sollen persönlichkeitsorientiert und kindzentriert ge-
52 fördert, aber auch gefordert werden. Daher fordern wir:

- 53 • **Reform Schulübertritt:** Der Übertritt von der Grundschule auf die weiterführenden
54 Schulen muss künftig leistungsgerechter geregelt werden, um eine individuellere Ent-
55 faltungsmöglichkeit der Kinder zu gewährleisten, Lehrer zu entlasten und dem Leis-
56 tungsdruck durch Eltern und Gesellschaft vorzubeugen. Dafür sollen über die 4. Jahr-
57 gangsstufe bayernweit standardisierte Tests in den Hauptfächern absolviert werden.
58 Die Note daraus ersetzt in Verrechnung mit den weiteren unterjährigen Leistungen,
59 also der pädagogischen Bewertung der Lehrkraft, das Übertrittszeugnis und der El-
60 ternwille wird abgeschafft. Der Übertrittsschnitt für das Gymnasium soll auf 2,00, für
61 die Realschule auf 2,33 gesetzt werden.

- 62 • **Sprachförderung:** Leistung und Lernen kann nur wirklich möglich gemacht werden,
63 wenn die sprachlichen Voraussetzungen gerecht geschaffen werden. Somit setzen wir
64 uns für die Fortführung des Programmes der Sprach-Kitas sowie die verstärkte Einrich-
65 tung von Deutschförderklassen mit Tandemlehre unter Einbezug muttersprachlicher
66 Lehrer ein.
- 67 • **Jahr in der Wirtschaft:** Speziell für das Gymnasium möchten wir in der 11. Jahrgangs-
68 stufe die Möglichkeit für ein „Jahr in der Wirtschaft“ eröffnen. Analog zur Möglichkeit,
69 diese Jahrgangsstufe im Ausland zu absolvieren, soll es möglich werden, ein Jahr lang
70 in einem Betrieb zu arbeiten und im Anschluss daran eine verkürzte Ausbildung zu
71 beginnen.
- 72 • **Schulmanager:** Zur Erhöhung der aktiven Lernzeit und zur Entbürokratisierung des
73 Schulalltages fordern wir die flächendeckende Einführung eines digitalen Schulmana-
74 gers an allen Schulen sowie die Einführung einer Widerspruchslösung beim schuli-
75 schen Datenschutz.

76 ***Fortschrittmotor Bayern - Einrichtung regionaler Zukunftszentren***

77 Das Phänomen der „Hidden Champions“ ist in allen bayerischen Regionen zu beobachten und
78 findet den Ursprung in der Kombination aus Tradition und Innovation. Unsere Wirtschafts-
79 standorte werden durch diese vielen spezialisierten Unternehmen bereichert und eröffnen
80 ein Potenzial in der Entwicklung von Zukunftstechnologien.

81 In ganz Bayern sollen deshalb Zentren zur Förderung und Weiterentwicklung von traditions-
82 behafteten Kompetenzen und Technologiezweigen gegründet und vorhandene Strukturen
83 ausgebaut werden. Diese Zukunftszentren sollen in Kooperation der Industrie- und Handels-
84 kammern, der Handwerkskammern, der ortsansässigen Hochschulen für Angewandte Wis-
85 senschaften sowie der Arbeitsagenturen zur Identifikation von bestehenden Kompetenzfel-
86 der sowie industriellen Traditionen dienen und zur zielgerichteten Profilbildung regionaler
87 Bildungsangebote genutzt werden. Sie sollen die Innovationskraft unserer Wirtschaftsstan-
88 dorte sicherstellen und junge Menschen dazu befähigen, vor Ort Fortschritt aus Tradition und
89 Hightech zu gestalten. Dazu sollen hier passende Zertifikatslehrgänge (bspw. durch IHK und
90 HWK) für Fachkräfte sowie Aufstiegsfortbildungen (Meister/Techniker) und postgraduelle, be-
91 rufsbegleitende Weiterbildungsangebote an den Hochschulen für angewandte Wissenschaf-
92 ten entwickelt werden. Die identifizierten Aufstiegsfortbildungen sollen kostenfrei und, je
93 nach regionalem Profil, in der Fläche als Präsenzangebot in Teil- und Vollzeit angeboten wer-

94 den. Um die Zukunftszentren auch selbst zukunftsfähig zu gestalten, müssen hybride Lernan-
95 gebote mitgedacht werden und die technische Ausstattung in Bezug zu den industriellen
96 Schwerpunkten sichergestellt werden.

97 ***Bayern, das Land der Macher - Berufliche Bildung als Garant unseres Erfolges***

98 Der Trend zur Akademisierung verkennt die Bedeutsamkeit unserer dualen Berufsausbildung
99 und führt zu einer strukturellen Fehlqualifikation, welche unsere Produktivität sowie gesamt-
100 gesellschaftliche Entwicklung gefährdet. In Zukunft wollen wir nicht weniger, sondern mehr
101 und qualitativ hochwertigere duale Bildungsangebote. Während die Studiengebühren schon
102 lange Geschichte sind, ist die Kostenfreiheit in der beruflichen Bildung nicht vollständig ge-
103 währleistet. Schulgelder, Prüfungsgebühren und Kosten der Aufstiegsfortbildung müssen in
104 Gänze abgeschafft werden. Des Weiteren dürfen Ausbildungsvergütungen nicht unter die
105 Grundsicherung fallen. Um die Qualität und die Attraktivität der Berufsausbildung weiter zu
106 stärken, setzen wir darüber hinaus auf eine bessere Ausstattung von Berufsschulen, die Aus-
107 weitung digitaler Lernmöglichkeiten sowie den Ausbau von Zertifikatslehrgängen in Hinblick
108 auf lebenslanges Lernen.

109 ***Turbo für Aus- und Fortbildung - Weiterentwicklung der Hochschulen für Angewandte Wis-*** 110 ***senschaften***

111 Die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAWs) nehmen eine Schlüsselrolle in der
112 beruflichen Qualifikation ein. Die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften müssen qua-
113 litativ und leistungsstark weiterentwickelt werden. Um dem Fachkräftemangel entgegenzu-
114 treten, brauchen wir in erster Linie flächendeckend besser ausgebildete Fachkräfte. Das be-
115 deutet, dass die Studiengänge an den HAWs konsequent leistungsgerechter, stärker mit der
116 Praxis verzahnt und qualitativ hochwertiger fortentwickelt werden müssen. Daher fordern
117 wir:

- 118 • **Weiterentwicklung der HAW-Studiengänge:** Eine dem Leistungsprinzip entspre-
119 chende, entbürokratisierte Reform der Studiengänge bedeutet, dass auch an den
120 HAW-Studiengängen anspruchsvolle Leistungskontrollen in Form von übergreifenden
121 Prüfungen stattfinden.
- 122 • **Promotion:** Ein Promotionsrecht an den HAWs lehnen wir konsequent ab, eröffnen
123 aber die Möglichkeit für besonders qualifizierte Absolventen sich für eine Promotion
124 an den Universitäten zu bewerben.

- 125 • **Duale Studiengänge:** Weiterhin soll an allen bay. HAWs in Kooperation mit den regio-
126 nalen Zukunftszentren ein Angebot an dualen Studiengängen entwickelt werden. Es
127 sollen hierzu flächendeckend duale Studienangebote in einem festen Rhythmus zw-
128 ischen Vorlesungs- und Praxissemestern von allen Bay. Dualen Hochschulen eingeführt
129 werden. Hierbei soll der regionale Bedarf der angesiedelten Unternehmen Ausgangs-
130 punkt der zu entwickelnden Angebote je Hochschulstandort sein. Wir lehnen ein sepa-
131 riertes, nur auf Unternehmen ausgerichtetes duales Hochschulsystem ab, weshalb die
132 zu entwickelten Studiengänge primär in der Verantwortung der HAWs liegen.
- 133 • **Micro-Degrees:** Zur Weiterqualifikation von beruflich erfahrenen Fach- und Führungs-
134 kräften soll es Micro-Degrees und postgraduellen Studiengängen geben. Das Zertifikat
135 soll einen Leistungsumfang eines Studiensemesters haben und flexibel über einen
136 Zeitraum von bspw. 6-24 Monaten absolviert werden können. So schaffen wir eine
137 breite Palette zur individuellen, praxisnahen und spezialisierten Profilbildung. Neben
138 der spezialisierten Weiterentwicklung besteht die Möglichkeit, fachspezifische Master
139 Professionals durch Aggregation von drei thematisch nahestehenden Micro Degrees
140 und einer praxisnahen Projektarbeit zu erwerben. Zulassungsvoraussetzung ist neben
141 Berufserfahrung ein HAW- oder Uni-Abschluss sowie eine Meister- bzw. Technikerqua-
142 lifikation.

143 ***Freiheit und Leistung – Neue Grundpfeiler für unsere Universitäten***

144 Um das Niveau der universitären Ausbildung zu stärken, wollen wir das Leistungsprinzip und
145 die Qualität der Bildung dort fortentwickeln. Hierzu sollen die universitären Bildungsangebote
146 anhand nachfolgender Prinzipien weiterentwickelt werden:

- 147 • **Eignungstests:** Der Zugang zu zulassungsbeschränkten Studiengängen soll über Eig-
148 nungstests erfolgen.
- 149 • **Modulübergreifende Prüfungen:** Um einen hohen Qualitätsanspruch sicherzustellen
150 und auch in den universitären Studiengängen das Leistungsprinzip wieder zu etablieren,
151 werden künftig übergreifende Prüfungen eingeführt. Damit soll kleinteiliges Prüfen und
152 die Prüfungslast reduziert werden.
- 153 • **Studium Universale:** Die Anforderungen an eine akademische Bildung im 21. Jahrhun-
154 dert verlangen einen höheren Grad an Metadisziplinarität, sodass grundsätzlich zu Stu-
155 dienbeginn ein Studium Universale absolviert werden muss, um sich mit den wissen-

156 schaftstheoretischen und methodischen Grundlagen von Wissenschaft auseinanderzu-
157 setzen. Des Weiteren fordern wir eine, vom akademischen Lehrkörper selbst zu verant-
158 wortende, stärkere interdisziplinäre Profilbildung gegen Ende des Studiums.

159 • **Entbürokratisierung der Lehre:** Um die stärkere Dynamik der Forschung auch in der
160 Lehre abbilden zu können, bedarf es einer deutlichen Entbürokratisierung der Lehre,
161 sodass künftig das Prinzip „Freiheit der Lehre“ vor „Bürokratie und Modulkatalogen“ gel-
162 ten muss. Darüber hinaus wollen wir die Entwicklung von qualitativ hochwertigen und
163 mit strengen Zugangskriterien versehenen postgraduellen Studiengängen (MBA, LL.M,
164 MPA etc.) für Berufserfahrene weiter fördern.

165 • **Starke Universitäten bayernweit:** Wir wollen in Bayern keine Zwei-Klassen-Bildung po-
166 litisch fördern, eine pauschale und sachlich nicht begründete überdurchschnittliche För-
167 derung einzelner Universitäten lehnen wir ab. Wir wollen künftig eine gezielte Profilbil-
168 dung aller bayerischen Universitäten ermöglichen, sodass vorhandene starke For-
169 schungstraditionen strukturell und dauerhaft durch eine bayerische „Exzellenzinitiative“
170 gefördert werden sollen.

171 • **Eigenen Nachwuchs qualifizieren:** Wer dauerhaft gute Forschung und Bildung fördern
172 will, muss eigenen Nachwuchs ausbilden und qualifizieren. Der derzeitige Trend, Profes-
173 soren und Post-Docs vorwiegend aus dem angloamerikanischen Raum einzukaufen, ist
174 weder sachlich begründet, noch hilft es dabei, eigenen Nachwuchs auszubilden – im
175 Gegenteil.

176 • **Studienbeiträge für Nicht-EU-Ausländer:** Am Prinzip der Kostenfreiheit der grundstän-
177 digen Bildung halten wir weiterhin fest, fordern aber die Einführung von Studienbeiträ-
178 gen für Nicht-EU-Ausländer.

179 **AUS EIGENER KRAFT: STARKE WIRTSCHAFT, SCHLANKE BÜROKRATIE**

180 Die bayerische Wirtschaft ist der Motor der deutschen Wirtschaft und stets Garant für den
181 Wohlstand unseres Freistaats. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine, steigende Energie-
182 preise, hohe Inflationsraten und eine sich abzeichnende Rezession stellen dieses Erfolgsmo-
183 dell nun zusammen mit klimatischen und demographischen Herausforderungen auf den Prüf-
184 stand. Deshalb brauchen wir jetzt Lösungskonzepte, um den Erfolg unserer Wirtschaft und

185 den Wohlstand der Menschen in Bayern zu sichern. Diese sehen wir in technologischen Inno-
186 vationen, einem schnellen und entbürokratisierten Staat und einer motivierten und leistungs-
187 starken Gesellschaft.

188 ***Bekämpfung des Fachkräftemangels durch qualifizierten Zuzug***

189 Im Jahr 2022 fehlen der bayerischen Wirtschaft laut IHK-Fachkräftemonitors Bayern des Wirt-
190 schaftsforschungsinstituts WifOR 233.000 Arbeitskräfte, im Jahr 2035 werden es 1,3 Millionen
191 sein. Dieser Zustand bremst unser Wirtschaftswachstum und die Innovationskraft bayerischer
192 Unternehmen. Neben der Aktivierung unserer bayerischen Arbeitskräfte benötigen wir eine
193 Migrationspolitik, die sich auf die Zuwanderung echter Fachkräfte fokussiert. Wir fordern:

194 • **Klare Trennung Asylbewerber und Fachkräfte:** Asylbewerber und Fachkräfte werden
195 von der Ampel oft vermengt, sind jedoch zwei grundlegend unterschiedliche Themati-
196 ken, wie z.B. die Hartz-IV-Quote von 65% unter syrischen Flüchtlingen in Deutschland
197 aufzeigt. Wir lehnen daher einen „Spurwechsel“ aus der Asyl- in die Erwerbsmigration
198 ab und fordern eine eigene Strategie für das Gewinnen wirklich qualifizierter Fach-
199 kräfte.

200 • **Partnerschaften statt Migration:** Durch geostrategische und regionale Partnerschaften
201 sollen beständige Wirtschaftskooperationen eingegangen werden. Mit diesem Instru-
202 ment können wir durch gezielte internationale Zusammenarbeit unserem Fachkräfte-
203 mangel Abhilfe schaffen und zur wirtschaftlichen Stärkung der Partnerregionen beitra-
204 gen.

205 ***Globale Krisen und Kriege als Herausforderung für die Erzeugerpreise***

206 Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat unsere Energieversorgung nachhaltig gestört.
207 Die Junge Union Bayern fordert die Bundesregierung auf, durch nachfolgende Maßnahmen in
208 Zukunft Energiesicherheit herzustellen:

209 • **Energieautonomie von Autokraten:** Wir fordern einen Ausbau der Erneuerbaren Ener-
210 gien bis 2030 mit dem Ziel, 80% des Strombedarfs daraus zu decken. Dies muss vor allem
211 technologieoffen und ideologiefrei geschehen, sodass wir einen Wettbewerb der bes-
212 ten Technologien ermöglichen. Ziel ist es, Bayern unabhängig von autokratischen Ener-
213 gielieferanten zu machen.

- 214 • **Brückentechnologien erhalten:** Bestehende Kraftwerke, welche die Abhängigkeit redu-
215 zieren, müssen als Brückentechnologie erhalten bleiben. Dies betrifft vor allem die ver-
216 bleibenden Kernkraftwerke, die nahezu CO₂-frei Energie produzieren können.
- 217 • **Gasinfrastruktur zukunftssicher ausbauen:** Der Verkauf deutscher Gasspeicher an Ga-
218 zprom 2015 war ein strategischer Fehler. Um diesen Fehler zu korrigieren, muss drin-
219 gend geprüft werden, wo und ob ein Neubau ermöglicht werden kann. Diese sollen auch
220 für die Zukunftstechnologie Wasserstoff ausgelegt sein. Zur Weiteren Diversifizierung
221 und Modernisierung unserer Energieversorgung fordern wir den Ausbau der Transalpi-
222 nen Ölleitung von Triest bis nach Karlsruhe. Hierbei wollen wir neben der Modernisie-
223 rung und dem Ausbau auch explizit eine technologische Weiterentwicklung für den Zu-
224 kunftsrohstoff Wasserstoff.

225 ***Freihandel stärken - Abhängigkeit reduzieren***

226 Das globalisierte Wirtschaftssystem ist die Basis des Wohlstands im jahrelangen Exportwelt-
227 meister Deutschland. Gleichzeitig zeigen uns Konflikte mit nicht demokratischen Staaten die
228 Risiken der globalen Abhängigkeiten auf. Die Junge Union Bayern fordert daher:

- 229 • **Freihandel:** Den Ausbau von Wirtschaftsbeziehungen mit dem klaren Ziel Freihandels-
230 abkommen abzuschließen. Dies soll insbesondere mit Demokratien weltweit, speziell
231 mit den USA, forciert werden. Eine weitergehende Vertiefung der WTO bleibt unabhän-
232 gig hiervon unser politisches Ziel.
- 233 • **Diversifizierung und lokale Produktion kritischer Güter:** Güter und Dienstleistungen,
234 die für die Innere Sicherheit, z.B. Gesundheit, notwendig sind, müssen auch in Europa
235 bzw. Deutschland produziert werden können. Hierzu sollen geeignete Maßnahmen von
236 der Bundesregierung ergriffen werden sowie dies in den abzuschließenden Freihandels-
237 abkommen berücksichtigt werden.
- 238 • **Beauftragter für Rohstoffe auf europäischer Ebene:** Zur Sicherung des europäischen
239 Rohstoffbedarfs fordern wir die Einrichtung eines Beauftragten der europäischen Kom-
240 mission für Rohstoffversorgung. Hierbei wollen wir nicht nur die Rohstoffversorgung in
241 Europa sichern, sondern auch die exportierenden Länder strukturell bei der Entwicklung
242 vor Ort unterstützen. Wir fordern eine Rohstoffpartnerschaft auf Augenhöhe.

243 **Produktivität stärken - Staatsquote senken**

244 Die Staatsquote in Deutschland steigt seit einigen Jahren immer weiter drastisch an – vor
245 allem bei Sozialausgaben und Subventionen. Eine solche Politik lässt mittelfristig unsere Inf-
246 rastruktur verkümmern und verursacht einen gewaltigen Investitionsstau. Um diesem zu be-
247 gegnen, fordern wir:

- 248 • **Sozialleistungen ausschließlich für Bedürftige:** Wir fordern die Einführung von Bedürf-
249 tigkeitsprüfungen für sämtliche Sozialtransfers, z.B. das Energiegeld.
- 250 • **Investitionen vor Sozialausgaben:** Wir streben eine Senkung der Staatsquote von der-
251 zeit 53% auf unter 45% an. Investitionen sollen von den Senkungen weitgehend unbe-
252 rührt bleiben.
- 253 • **Steuersenkungen statt Sozialtransfers:** Über die letzten Jahrzehnte haben sich dut-
254 zende neue Sozialprogramme und -transfers entwickelt, mit denen der Staat das Geld
255 der Steuerzahler auch an jene umverteilt, die selbst Steuern zahlen. Wir glauben, dass
256 die Bürger selbst am besten wissen, wie sie ihr Geld ausgeben wollen und fordern daher
257 einen Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik. Wir fordern, dass den Bürgern mehr
258 Netto vom Brutto ihres Einkommens bleibt. Hierzu sollen mindestens 15% der Sozial-
259 ausgaben wegfallen und die Bürger so in die Lage versetzt werden ihre Lebensziele ei-
260 genverantwortlich zu verfolgen.

261 **Bayerischen Mittelstand entlasten - Innovationen vorantreiben**

262 Der bayerische Mittelstand ist die Stütze des Erfolgs der bayerischen Wirtschaft, wurde von
263 den jüngsten weltweiten Krisen aber besonders getroffen. Wir wollen daher in vier Hand-
264 lungsfeldern Unterstützung für mittelständische Unternehmen auf den Weg bringen:

- 265 • **Regulatorik-Monitor für KMUs:** Das Bayerische Wirtschaftsministerium soll künftig alle
266 für KMUs relevanten Gesetzesänderungen zentral online veröffentlichen und als Mail-
267 Newsletter (je Branche) zur Verfügung stellen. Die regulatorischen Auswirkungen und
268 der daraus entstehende Handlungsbedarf sollen auf einen Blick einsehbar sein. Damit
269 entlasten wir die Rechtsabteilungen kleiner- und mittelständischer Unternehmen
270 enorm und schaffen mehr Kapazitäten für das Kerngeschäft dieser.

- 271 • **F&E-Maschinenraum für KMUs:** Wir wollen die eigene Forschungs- und Entwicklungstä-
272 tigkeit der Unternehmen fördern. Insbesondere fordern wir niedrigere Einstiegsvoraus-
273 setzungen für die sogenannte Forschungszulage. Darüber hinaus möchten wir die Liqui-
274 ditätslage der Unternehmen dadurch fördern, dass die Zahlung der Mittel der For-
275 schungszulage bereits nach Tätigung der Ausgaben erfolgt. Derzeit erfolgt die Auszah-
276 lung erst mit Erlass des Steuerbescheides, was zu einer Förderung der F&E-Aufwendung
277 zu spät ist.
- 278 • **Nachhaltigkeits-Plattform für KMUs:** Um KMUs nachhaltiges Handeln so leicht wie
279 möglich zu machen, fordern wir einfache „Copy Paste“-Lösungen für mittelständische
280 Unternehmen. Dazu sollen auf einer Nachhaltigkeits-Plattform für KMUs Best-Practice-
281 Ansätze vergleichbarer Unternehmen veröffentlicht und weiterentwickelt werden.

282 ***Moderner Staat***

283 Unsere bürokratische Verwaltung wird der Geschwindigkeit einer zunehmend digitalisierten
284 Welt nicht mehr gerecht. Unter dieser Ausbremsung leiden die Konkurrenzfähigkeit unserer
285 Sozialen Marktwirtschaft und die Ausstrahlungskraft unserer Demokratie. Wir wollen einen
286 schnellen, entbürokratisierten Staat, der sich selbst zutraut, innovative und mutige Lösungen
287 für die Herausforderungen von Morgen zu finden.

288 ***Entbürokratisierter Staat***

- 289 • **90% digitale Prozesse bis 2030:** Ein entbürokratisierter Staat nutzt die Effizienzgewinne
290 der Digitalisierung. Bis 2030 sollen 90% aller Abläufe in den Behörden digital erfolgen.
- 291 • **BayernCloud:** Dazu benötigt es ein leistungsfähiges Back Office mit einer zentralen Bay-
292 ernCloud. Sie soll dafür dienen, IT-Schnittstellen unter den Ministerien zu schaffen und
293 eine einheitliche digitale Infrastruktur und Datenbank zwischen allen Institutionen der
294 Öffentlichen Hand darzustellen. Für die BayernCloud sowie alle IT-Fragen soll in jedem
295 Ministerium genau eine Anlaufstelle geschaffen werden, in der alle administrativen Ab-
296 läufe gebündelt werden und von der aus die Kommunikation mit dem Digitalministe-
297 rium stattfindet.
- 298 • **Oane nei, zwoa naus:** Mit dem Ziel keine neue Bürokratie zu schaffen, soll künftig für
299 jede neue Regelung mindestens zwei alte Regelungen abgeschafft werden.

- 300 • **„Generationen TÜV“:** Einführung eines Standardbewertungsverfahrens für neue Ge-
301 setze und Verordnungen. Dieses soll dazu eingesetzt werden, die soziale, ökonomische
302 und ökologische Nachhaltigkeit in der Gesetzgebung zu berücksichtigen und damit die
303 Generationengerechtigkeit zu wahren.
- 304 • **Personalabbau in Behörden:** Die Abschaffung von Regelungen und die damit einherge-
305 hende Entbürokratisierung führt zu weniger Aufgaben in Behörden. Um dieser Aufga-
306 benminderung zu entsprechen und zur Entschlackung der Verwaltung selbst sowie um
307 weitere Anreize für die effiziente Behördenorganisation zu schaffen, soll es einen lang-
308 fristigen Abbau von Planstellen in allen staatlichen Behörden, bis diese um 20% ge-
309 schrumpft sind, geben. Dabei sollen ausdrücklich keine Stellen in digitalen Berufen so-
310 wie Personal im investiven Bereich gekürzt werden. Ziel muss sein, den Apparat schlan-
311 ker zu gestalten und die Macher-Mentalität stärker auszuprägen. Damit dieser Grund-
312 gedanke auch zu innovativeren Ideen und mehr Verantwortungsübernahme durch Ver-
313 waltungsangestellte und Beamte führt, sollen diese nur noch in Fällen grober Fahrläs-
314 sigkeit haften. Das schafft Raum für schnelle und eigenverantwortliche Entscheidungen.
- 315 • **Keine 11-fach-Strukturen:** Das Ressortprinzip führt teilweise zu unglaublich bürokrati-
316 schen Strukturen. Die Zentralabteilungen der Ministerien sollen ausgedünnt werden
317 und zentrale Funktionen in einem Haus zusammengefasst werden. Durch jeweils haus-
318 eigene Zentralverwaltungen (z.B. Personal, Beschaffung, IT,...) sind unnötige Parallel-
319 strukturen entstanden. Das Landesamt für Finanzen zeigt, welche Bündelungsfunktion
320 ein Amt für alle Behörden haben kann und wie Stellen eingespart werden können.

321 *Innovation auf allen Ebenen*

322 Wir sind davon überzeugt, dass moderner Föderalismus auf die gemeinsame Erarbeitung von
323 Lösungswegen für ähnliche Probleme setzt, um diese später in Selbstverantwortung umzu-
324 setzen. Wir fordern deshalb Zukunftsallianzen der kommunalen Spitzenverbände (Bay. Ge-
325 meindetag, Bay. Landkreistag, Bay. Städtetag, Bay. Bezirketag). Diese sollen jeweils ihre Her-
326 ausforderungen der Zukunft und bevorstehende Trends erörtern und im Austausch mit be-
327 troffenen Ministerien politische Steuerungsinstrumente und Leitfäden entwickeln. Dadurch
328 soll explizit nicht die Entscheidungshoheit vor Ort angegriffen werden, sondern lediglich Inef-
329 fizienzen bei der parallelen Entwicklung ähnlicher Lösungskonzepte ausgeräumt werden. In
330 Zukunft wollen wir die kooperative Lösungsfindung sowie den Know-How-Transfer vertikal
331 und horizontal stärken.

333 Als Junge Union Bayern sind wir davon überzeugt, dass die eigenständige Gestaltung vor Ort
334 maßgeblich zum guten Lebensgefühl beiträgt. Wir fordern deshalb, dass die Kommunen wie-
335 der zu mehr Selbstständigkeit zurückkehren müssen. Dazu sind vor allem strukturelle Erleich-
336 terungen notwendig:

- 337 • **Finanzielle Freiheit:** Die politische Landschaft hat sich zu einem unübersichtlichen Fli-
338 ckentepich einzelner Förderungsprogramme entwickelt. Wir wollen, dass Bundes- und
339 Landesförderprogramme nach einer gegebenen Frist automatisch auf den Prüfstand
340 kommen. Den Kommunen soll über die kommunale Umlage (BayFAG) mehr Geld aus
341 diesen ursprünglichen Fördertöpfen zur freien Verfügung stehen. Sie wissen, wo Geld
342 am sinnvollsten eingebracht werden kann. Darüber hinaus sollen die Schwellenwerte
343 für Direktaufträge für Bauleistungen auf 25.000€ und für Liefer- und Dienstleistungen
344 auf 10.000€ steigen sowie mit einem Inflationsindex versehen werden.
- 345 • **Kampagnen-Büro Bayern:** Der Freistaat soll im Sinne der Gestaltungsfreiheit der Kom-
346 munen weniger rechtsverbindlich umzusetzende Verordnungen erlassen. In Zukunft sol-
347 len die Staatsregierung und ihre nachgeordneten Behörden Bestrebungen durch ein
348 modernes Kampagnenmanagement in die Kommunen tragen. Dieses Kampagnen-Büro
349 ist dann dafür verantwortlich die kommunalen Entscheidungsträger für ihre Idee zu be-
350 geistern und diese mit ihrem Knowhow bei der Umsetzung zu unterstützen. Ziel muss
351 es sein, dass sich der Staat nicht als Steuerungs-, sondern als Dienstleistungsebene der
352 Kommunen versteht und ihnen die adäquaten Rahmenbedingungen zur eigenverant-
353 wortlichen Gestaltung ihrer Lebenswelt bietet.
- 354 • **Kommunales Teamwork:** Während in vielen Fällen die eigenständige Gestaltung zum
355 Fortschritt in den Kommunen beiträgt, bremst sie bei operativ komplexen Herausforde-
356 rungen einzelne Kommunen aus. Gerade IT-Sicherheit sowie Software- und Serverstruk-
357 turen müssen vom Land zentral bereitgestellt werden. Neben der erhöhten Kompatibi-
358 lität wird so eine krisenfestere digitale Infrastruktur geschaffen und die einzelnen Kom-
359 munen von dieser Mammutaufgabe befreit. Zum selben Zweck sollen die Kreisverwal-
360 tungsbehörden die Stärkung von Zweckverbänden unter Gemeinden sowie Kommunal-
361 unternehmen anstoßen. So können Themen wie z.B. Energiepolitik und Wohnungsbau
362 ressourcenschonender und kostengünstiger umgesetzt werden.

363 **AUS EIGENER KRAFT: CHANCEN AUF EIN GUTES LEBEN**

364 Ein gutes Leben aus eigener Kraft basiert wesentlich darauf, dass die politischen Rahmenbe-
365 dingungen so gestaltet werden, dass die Bürger ihre Ziele und Lebenspläne eigenständig ver-
366 folgen können. Das bedeutet einerseits, dass der Staat die Nutzung der Chancen sowie die
367 freie Entfaltung ermöglicht, und andererseits einem leistungsfähigen Sozialstaat, der alle auf-
368 fängt, die vorübergehend oder anhaltend nicht in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen.
369 Chancengerechtigkeit gehört dabei zu den wesentlichen Eckpunkten des bayerischen Selbst-
370 verständnisses, d.h. wir ermöglichen Chancen und verteilen keine willkürlichen Sozialleistun-
371 gen nach dem Gießkannenprinzip. Die Corona-Pandemie, der Ukrainekrieg und die mit den
372 Krisen einhergehenden wirtschaftlichen Konsequenzen haben diese Chancengerechtigkeit
373 schwer ins Wanken gebracht. Umso wichtiger sind nun grundlegende Reformen für mehr
374 Chancengerechtigkeit – der größte Hebel hierfür sind steuerliche Anpassungen. Es gilt den
375 Sozialstaat neu und krisenfest aufzustellen und nicht lediglich staatliche Sozialleistungen aus-
376 zuweiten. Entscheidend ist deshalb auch eine wiederkehrende Evaluierung und Anpassung
377 der Sozialleistungen.

378 ***Schutz für die Schwächsten, Resilienz fördern und Anreize zur Selbsthilfe***

379 *Mental Health als Schlüsselherausforderung*

380 Psychische Gesundheit ist für ein gutes Leben aus eigener Kraft unabdingbar, besonders
381 junge Menschen leiden unter den psychischen Folgen der Lockdowns, sowie den zunehmen-
382 den Herausforderungen in einer von Krisen geprägten Welt. Für die Junge Union Bayern sind
383 die folgenden zwei Grundsätze zentral: Wir wollen die Menschen bei der persönlichen Ent-
384 wicklung fördern, dazu politische Rahmenbedingungen setzen, die es den Menschen ermög-
385 lichen, eigene Fähigkeiten zu entfalten, um mit Alltagsrisiken umgehen zu können. Darüber
386 hinaus wollen wir eine flächendeckende psychosomatische Betreuung sicherstellen und psy-
387 chische Krankheiten gesellschaftlich enttabuisieren.

- 388 • **Deutliche Erhöhung der zu vergebenden Kassensitze:** Wir fordern diese Anhebung für
389 Psychologische Psychotherapeuten sowie Kinder- und Jugendpsychotherapeuten.
390 Diese Erhöhung muss flächendeckend erfolgen und sofort umgesetzt werden. Der
391 ländliche Raum darf bei der Verteilung der Kassensitze nicht abgeschnitten werden.
392 Zudem muss der „Handel“ mit Kassensitzen unterbunden werden und das Vergabe-
393 und Übergabeprozedere reformiert werden.

- 394 • **Videobasierte Psychotherapie:** Zum einen senkt sie als niederschwelliger Zugang für
395 viele Betroffene die Hemmschwelle Therapie in Anspruch zu nehmen. Zum anderen
396 verbessert sie gerade auch die Versorgung in Regionen mit schlechter Versorgungs-
397 lage ohne Patienten lange Anfahrtswege zuzumuten. Daher soll videobasierte Psycho-
398 therapie zukünftig von den Krankenkassen übernommen werden.
- 399 • **Klare Abgrenzung:** Der Mangel an freien Psychotherapieplätzen treibt hilfeschende,
400 psychisch kranke Menschen oft dazu, sich bei „Heilpraktikern für Psychotherapie“ vor-
401 zustellen. Für Patienten ist auf den ersten Blick oft nicht unterscheidbar, ob es sich
402 beim Anbieter von Psychotherapie um einen Fachmann (ärztlichen oder psychologi-
403 schen Psychotherapeuten) oder um einen Heilpraktiker für Psychotherapie mit ledig-
404 lich rudimentären und oberflächlichen psychologischen Kenntnissen handelt. Gerade
405 die klinische Praxis zeigt, dass von der Tätigkeit dieser heilpraktischen Psychothera-
406 peuten eine große Gefahr für akut psychisch kranke Patienten ausgehen kann. Um
407 diese vulnerable Risikogruppe zu schützen, soll der Begriff „Psychotherapie“ geschützt
408 werden.
- 409 • **Schnelle Hilfe:** In psychischen Ausnahmesituationen, psychiatrischen Notfällen und
410 suizidalen Krisen braucht es niederschwellige, vertrauliche, schnelle und qualifizierte
411 Hilfe, wie einen Krisendienst Psychiatrie nach oberbayerischem Vorbild. So erhält jeder
412 Patient in Krisen bedarfsgerecht Hilfe. Dies reduziert gleichzeitig unnötige Kranken-
413 hauseinweisungen und erweitert das Versorgungsspektrum um ein niederschwelliges
414 Angebot.

415 *Schutzräume vor häuslicher Gewalt*

416 Die Corona-Pandemie hatte direkten Einfluss auf einen traurigen Rekord bei Fällen von häus-
417 licher Gewalt. Von häuslicher und/oder sexualisierter Gewalt betroffene Frauen, Männer und
418 Kinder brauchen einen Schutzraum – sofort verfügbar, unbürokratisch erreichbar und mit
419 fachkundiger psychologischer Hilfe. Bayern muss bei der Betreuung von Gewaltopfern weiter
420 gehen, daher fordern wir, dass die Betreuung und Finanzierung von Schutzhäusern zur Pflicht-
421 aufgabe der Landkreise wird. Dies gewährleistet eine flächendeckende Versorgung. Entspre-
422 chende Mittel sind von Bund und Land zur Verfügung zu stellen.

423 *Update für staatliche Transferleistungen*

424 Alle sozialen Sicherungssysteme wägen zwischen Fördern und Fordern ab und befinden sich
425 idealerweise im Gleichgewicht zwischen der Zahlung von Leistungen für ein menschenwürdi-
426 ges Leben und der Befähigung zum Aufstieg und Ausstieg aus den staatlichen Transferleis-
427 tungen. Wir fordern:

- 428 • **Reform der Zuverdienstmöglichkeiten für Sozialleistungsempfänger:** Wir möchten
429 den Zuverdienst attraktiver gestalten, um weitere Anreize zu schaffen, einer sozialver-
430 sicherungspflichtigen Arbeit nachzugehen. Hierbei soll aber das Ziel verfolgt werden,
431 den Leistungsempfänger dauerhaft in den Arbeitsmarkt zu integrieren und nicht le-
432 diglich den Zuverdienst auf Minijob-Basis zu erhöhen.
- 433 • **Fördern und Fordern:** Wer diesen Weg torpediert, muss durch finanzielle Sanktionen
434 entsprechende Konsequenzen spüren. Ein Bürgergeld ohne Sanktionsmöglichkeiten
435 lehnen wir ab.
- 436 • **Update für den Sozialstaat:** Eltern und ihre Kinder werden derzeit in einer Bedarfsge-
437 meinschaft als gleichberechtigt veranlagt. Das bedeutet: Alles, was die Jugendlichen
438 nebenbei dazuverdienen, fließt in die Berechnung des Hartz-IV-Satzes ihrer Bedarfs-
439 gemeinschaft ein. Dies widerspricht unserem Leitprinzip „Aus eigener Kraft“ zutiefst!

440 ***Gerechte Besteuerung – eigene Leistung entlasten, Zukunftschancen ermöglichen***

441 *Leistung belohnen*

442 Zentrale Voraussetzung für ein gelungenes Leben ist die Fähigkeit, sich durch seine eigene
443 Arbeit ein gutes Leben aufbauen zu können. Das schafft nicht nur Anreize zu Fleiß und wirt-
444 schaftlichem Engagement, sondern ist das zentrale Versprechen der Sozialen Marktwirt-
445 schaft: Wohlstand für alle. Dieses zentrale Versprechen wird durch die aktuelle Steuerpolitik
446 zutiefst untergraben: Während man 1965 noch das 15-fache des durchschnittlichen Bruttoein-
447 kommens verdienen musste, um Spitzensteuersatz zu zahlen, war dies 2017 lediglich das 1,9-
448 fache. Handwerker werden so mitunter wie Top-Manager behandelt und haben folglich Prob-
449 leme, eigenen Wohlstand aufzubauen. Wir fordern daher:

- 450 • **Spitzensteuersatz nur für Spitzenverdiener:** Der Spitzensteuersatz von 42% soll sukzes-
451 sive erst ab 100.000 Euro Einkommen greifen und damit nur die wirklichen Spitzenver-
452 diener belasten.

- 453 • **Kalte Progression abschaffen:** Einkommensteuer und Freibeträge sollen jährlich auto-
454 matisch an die prognostizierte Inflation (kalte Progression) angepasst werden. Der
455 Staat darf sich nicht durch die Inflation bereichern.
- 456 • **Ablehnung Vermögensteuer:** Wer sich aus eigener Kraft ein Vermögen aufbaut, zählt zu
457 den Stützen und Treibern dieses Landes. Eigene Leistung – insbesondere, wenn sie dem
458 Vorteil aller dient – darf nicht bestraft werden. Daher lehnen wir eine pauschale Vermö-
459 gensteuer ab

460 *Erziehungsleistung als Arbeit anerkennen! Familien und Alleinerziehende stärken*

461 Für die junge Generation wird es immer schwerer, aus eigener Kraft eine Familie zu gründen
462 und finanziell zu unterhalten: Die steigenden Lebenshaltungskosten führen dazu, dass in vie-
463 len Fällen zwei volle Einkommen nicht mehr ausreichen. Um die Leistung, die Familien – be-
464 sonders Alleinerziehende – für die Gesellschaft erbringen, zu honorieren, fordern wir folgende
465 Maßnahmen:

- 466 • **Kinderfreibeträge und Kindergeld erhöhen:** Zur Anerkennung der Erziehungsleistung
467 soll der Kinderfreibetrag (exkl. Erziehungsfreibetrag) auf den regulären Personenfreibe-
468 trag angepasst werden.
- 469 • **Ehegattenfreibetrag einführen:** Zur Stärkung der Verantwortungsgemeinschaft Ehe
470 soll das Ehegattensplitting durch einen Ehegattenfreibetrag in aufkommensgleicher
471 Höhe ersetzt werden.
- 472 • **Alleinerziehenden-Freibetrag:** Eines der größten Risiken in Armut zu rutschen ist allein-
473 erziehend zu sein. Dies muss dringend abgefedert werden. Der Alleinerziehenden-Frei-
474 betrag pro Kind soll von den derzeit 4.008€ auf 8.016€ verdoppelt werden und auf
475 jedes Kind vollständig angewendet werden.
- 476 • **Unterhalt für Alleinerziehende sichern:** Um Alleinerziehenden lange Rechtsstreite zu
477 ersparen, sollen künftig die Unterhaltszahlungen an den erziehenden Elternteil direkt
478 vom Jugendamt ausgezahlt und vom Jugendamt vom anderen Elternteil eingezogen
479 und zur Not vollstreckt werden.

480 *Eigentum aus eigener Kraft – Verantwortung für morgen übernehmen*

481 Mit dem Eigenheim verbinden wir das Gefühl, mit der Heimat verwurzelt zu sein und einen
482 sicheren Ort für sich und seine Familie geschaffen zu haben. Dieser Traum rückt für viele junge

483 Menschen in weite Ferne. Um sich aus eigener Kraft wieder Wohneigentum leisten zu können,
484 müssen kleinteilige Einzelförderungen beendet und die Finanzierbarkeit durch Eigenkapital
485 erhöht werden. Wir fordern deshalb:

- 486 • **Die Grunderwerbsteuer** und staatlich bedingte Baunebenkosten für das jeweils selbst-
487 genutzte Wohneigentum bei einer Mindestwohndauer von 5 Jahren müssen abge-
488 schafft bzw. vom Freistaat getragen werden.
- 489 • **„Eigenkapital-Boost“**: Dieser ermöglicht es, Sparern bis 15 Jahre nach Berufseinstieg
490 bis zu 300 Euro monatlich direkt vom Bruttolohn steuer- und sozialabgabenfrei zurück-
491 legen oder in Anlageprodukte zur Finanzierung von Eigenheim einzahlen zu können.
492 Der Arbeitgeber soll diesen Betrag bis zur gleichen Höhe steuer- und sozialabgaben-
493 frei als Zulage an den Arbeitnehmer aufstocken können. Die jährlich gesparte Summe
494 soll mit 10 Prozent vom Staat bezuschusst werden. Erträge aus den oben genannten
495 Anlageprodukten sind steuerfrei zu stellen. Der „Eigenkapital-Boost“ soll mit vermö-
496 genswirksamen Leistungen zur Altersversorgung ergänzt werden können. So unter-
497 stützt der Freistaat diejenigen Bürger, die jetzt und in Zukunft Verantwortung für sich
498 selbst übernehmen.

499 **AUS EIGENER KRAFT: SICHERHEIT ALS GARANT FÜR FREIHEIT**

500 Für einen handlungsfähigen Staat und für ein freiheitliches Leben ist innere Sicherheit eine
501 Grundvoraussetzung. Ehrenamtler tragen hier oft große Verantwortung gegenüber ihren Mit-
502 menschen. Das Sicherheitsgefühl in der Gesellschaft und die Handlungsfähigkeit in Katastro-
503 phenfällen wird von den ehrenamtlichen Blaulichtorganisationen gestützt. Das Engagement
504 dieser Menschen trägt so zum guten Leben aller bei und muss deshalb besonders wertge-
505 schätzt werden. Unser Ziel muss sein, die Kooperation zwischen Ehrenamtlichen, Hauptberuf-
506 lichen und staatlichen Institutionen so weit zu vereinfachen, dass die Sicherheit nicht unter
507 Koordinations- und Kommunikationsschwächen leidet. Wir müssen den Herausforderungen,
508 die z.B. durch Umweltkatastrophen oder Gewaltbereitschaft entstehen, mit modernen Kon-
509 zepten, situativer Kompetenz und der benötigten Mannstärke entgegentreten. Obwohl Bay-
510 ern mit Abstand das sicherste Bundesland Deutschlands ist, fühlen sich vermehrt Frauen in
511 den Innenstädten nicht sicher. Eine Lösung hierfür sind auch bauliche Maßnahmen, z.B. SOS-
512 Knöpfe im ÖPNV, bessere Beleuchtung von Bahnhofsgebieten und Videoüberwachung öff-
513 entlicher Plätze. Der kategorische Datenschutz, der eine flächendeckende Videoüberwa-
514 chung verhindert, ist mit der öffentlichen Sicherheit in Ausgleich zu bringen.

515 **Starkes Ehrenamt – starke Demokratie**

516 Ein starkes Ehrenamt ist Grundlage jeder demokratischen Gesellschaft und Grundpfeiler so-
517 wohl der Innen- als auch der Kommunalpolitik. Aus diesem Grund fordern wir weitere Maß-
518 nahmen, um das Ehrenamt attraktiver zu gestalten und bürgerschaftliches Engagement zu
519 belohnen, statt mit bürokratischen Hindernissen zu verhindern. Wir fordern:

- 520 • **Steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Entlastung des Ehrenamts:** Alle ehren-
521 amtlichen Aufwandsentschädigungen unter 10.000€ jährlich sollen einheitlich nicht
522 einkommensteuerpflichtig und grundsätzlich nicht sozialversicherungspflichtig sein.
- 523 • **Beschleunigte Verfahren:** Strafrechtliche Verfahren nach Unglücken mit tödlichem
524 Ausgang gegen ehrenamtlich Tätige sollen künftig mit beschleunigtem Verfahren ge-
525 klärt werden. Zusätzlich fordern wir, dass die Kosten für den Rechtsschutz vom Sach-
526 aufwandsträger getragen werden müssen.
- 527 • **Attraktivität der Doppelmitgliedschaft in zwei Feuerwehren:** Hervorragend ausgebil-
528 dete Fachkräfte sollen auch am Ort ihrer Berufstätigkeit ihre Kompetenzen und Enga-
529 gement einbringen können und somit die flächendeckende Versorgung, auch werk-
530 tags, gewährleisten. Die Freistellung von Feuerwehrdienstleistenden bei Alarmierung
531 durch den Arbeitgeber funktioniert in vielen Fällen bereits sehr gut – aber nicht flä-
532 chendeckend. Neben der Möglichkeit der Entgeltfortzahlung durch die Kommunen
533 soll die vollständige steuerliche Absetzbarkeit für Unternehmen künftig möglich sein.

534 **Katastrophenschutz krisenfest ausbauen**

535 Um die Leistungsfähigkeit unserer Feuerwehren sicherzustellen, ist eine gute Ausbildung un-
536 abdingbar. Um dies in Zukunft zu gewährleisten ist ein deutlicher Aufwuchs der Ausbildungs-
537 kapazitäten der staatlichen Feuerweherschulen notwendig. Darüber hinaus fordern wir die
538 Wiedereinführung des Aufbaulehrgangs für Gruppenführer und Neuentwicklung weiterer
539 Lehrgänge insbesondere im Bereich der technischen Hilfeleistung. Um die neuen Herausfor-
540 derungen des Katastrophenschutzes adäquat stemmen zu können, ist aber nicht nur eine bes-
541 sere Ausbildung notwendig, sondern auch eine Ausstattung vor Ort bzw. auf Kreis- und Be-
542 zirksebene notwendig. Hierzu fordern wir:

- 543 • **„Vegetationsbrandbekämpfung“** in den Hilfeleistungskontingenten ausbauen
- 544 • **Ein Feuerwehr- und Katastrophenschutz-Übungsgeländes je Regierungsbezirk**, um die
545 Kapazitäten in den SFS zu entzerren und mehr Übungsszenarien zu ermöglichen;

- 546 • **Errichtung von Katastrophenschutz-Lager** auf Landes- und Bezirksebene sowie Förde-
547 rung von Lagermöglichkeiten der unteren Katastrophenschutzbehörde (LKR) zur Vorhal-
548 tung und schnelleren Abrufbarkeit wichtigen Materials für den Erstschlag.

549 ***Rettungsdienst***

- 550 • **Kapazität der Rettungsdienste:** Der Abzug von professionalisierten Kräften in städti-
551 sche Gebiete muss verhindert werden, da „first-responder“-Einheiten keinen Ersatz für
552 Rettungsdienste darstellen.
- 553 • **Notarzt:** Um dem bayernweit spürbaren Notarztmangel entgegenzutreten, fordern wir
554 eine deutliche Erhöhung der Notarzt-Sitze, wobei insoweit auch die im Rahmen der Be-
555 darfsplanung anzuwendenden Kriterien anzupassen sind, sowie eine Steigerung der
556 Attraktivität der Ausbildung und Tätigkeit als Notarzt, um weiterhin Nachwuchs hierfür
557 zu gewinnen. Darüber hinaus soll eine Ausweitung von sogenannten „2c-Delegationen“
558 geprüft werden, die Notfallsanitätern ausnahmsweise die Vornahme vordefinierter
559 heilkundlicher Maßnahmen ohne Anwesenheit eines Notarztes gestatten (z.B. Gabe
560 von Sauerstoff, Elektrolytlösung), und eine Notfallsanitätern ein stärkerer politischer
561 und rechtlicher Rückhalt bei der Vornahme von 2c-Maßnahmen gegeben werden.

562 ***Eine leistungsfähige und moderne Polizei und Justiz für Bayern***

563 Sicherheit vor Ort ist ohne eine starke und präsenzte Polizei nicht denkbar. Hierbei wollen wir
564 den „bayerischen Weg“, mit einer hohen Polizeipräsenz auch in der Fläche weiter fortschrei-
565 ben. Allerdings stehen wir im Bereich des Polizei- und Justizwesens vor großen Herausforde-
566 rungen: Die Aufgabenvielfalt steigt – ebenso wie der Personalmangel und die Überstunden.
567 Daher fordern wir:

- 568 • **Bessere Ausstattung:** Eine Modernisierung der Polizeidienststellen und Gerichte ist an-
569 gezeigt. Insbesondere bei den Staatsanwaltschaften muss die IT-Ausstattung zur Sicher-
570 stellung einer schnellen und effizienten Strafverfolgung verbessert werden;
- 571 • **E-Akten-Hub:** Zur Sicherstellung der Datenübermittlung zwischen Polizei und Staatsan-
572 waltschaft soll ein Hub geschaffen werden. Datenschutz oder verschiedene bzw. nicht
573 verzahnte IT-Systeme dürfen die Verbrechensbekämpfung nicht behindern;

- 574 • **Verbesserte Kategorisierung von Straftaten** Somit erhöht sich die Aussagekraft und
575 Transparenz der Kriminalstatistiken und ermöglichen eine passgenauere Verbrechens-
576 bekämpfung, z.B. von frauenfeindlichen oder antisemitischen Straftaten;
- 577 • **Ausbau der „Hate-Speech-Staatsanwaltschaft“:** Das Internet darf kein rechtsfreier
578 Raum sein. Der Aufbau der Schwerpunktstaatsanwaltschaft hat hier Abhilfe geschaffen.
579 Die Polizei muss in ihren Ermittlungsmöglichkeiten gestärkt werden.
- 580 • **Reduzierung des Aufgabenbereiches der Bayerischen Landespolizei:** Die Aufgabenviel-
581 falt wächst stetig, daher ist eine neue Kompetenzverteilung zur Entlastung der Polizei
582 von Nöten. Sicherheitswachen sollen dem Ordnungsamt unterstellt werden, zudem soll
583 dieses auch die Ausbildung und Leitung von ehrenamtlich tätigen Sicherheitswachen
584 übernehmen. Die Aufnahme von Verkehrsunfällen ohne Personenschäden nimmt unnötig
585 viel Dienstzeit in Anspruch. Künftig sollen diese digital über eine „Crash“-App ange-
586 zeigt und erfasst werden. Ein Polizeieinsatz ist somit nicht mehr nötig.

587 **AUS EIGENER KRAFT: ENERGIE UND UMWELT VERANTWORTUNGSVOLL GESTALTEN**

588 Landwirtschafts-, Umwelt- und Energiepolitik sind traditionell stark durch europäische Politik
589 geprägt. Das ist nicht nur weiterhin richtig, sondern wichtiger denn je. Dennoch darf sich eine
590 verantwortungsvolle Politik nicht nur auf europäische und internationale Lösungen verlassen
591 bzw. die Verantwortung ausschließlich dorthin abschieben. Wenn wir die Herausforderungen
592 der Zukunft meistern wollen, dann müssen wir auch im Bereich der Umwelt-, Energie- und
593 Landwirtschaftspolitik wieder ein Land der Macher und Problemlöser werden. Hierbei setzen
594 wir nicht nur auf die „großen und einfachen Lösungen“, sondern wollen den Umweltschutz
595 konsequent umsetzen, die Landwirtschaft als unmittelbaren Verantwortungs- und Kulturträ-
596 ger vor Ort erhalten und eine kreative und dezentrale Energiepolitik im Kleinen fördern.

597 ***Umweltschutz als Grundprinzip und Staatsziel ernst nehmen!***

598 Der Schutz unserer Lebensgrundlagen ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit.
599 Für die Junge Union Bayern ist klar, dass Bayern auch für künftige Generationen genauso le-
600 benswert bleiben muss, wie für uns. Dies wird nur gelingen, wenn wir die großen Herausfor-
601 derungen auch im Großen angehen: Klimawandel, Naturkatastrophen und die Überanspru-
602 chung natürlicher Ressourcen erfordern nationale und internationale Kraftanstrengungen.
603 Wir fordern:

- 604 • **Verpflichtende Flächenentsiegelung:** Alle ungenutzten öffentlichen Gebäude ohne An-
605 schlussverwendung sollen grundsätzlich nach einer fünfjährigen Frist entweder umge-
606 nutzt oder die betreffenden Flächen entsiegelt und wieder begrünt werden.
- 607 • **Lebende Stadt der Zukunft:** Wir wollen unsere Städte lebenswerter, ökologischer und
608 attraktiver gestalten. Hierzu fordern wir, dass das Landesentwicklungsprogramm Bay-
609 ern um eine Verpflichtung zur Nachverdichtung in die Höhe (insbesondere auf Gewer-
610 begebäuden) für Städte ab 100.000 Einwohner ergänzt wird, sofern für die weitere Er-
611 schließung neue Flächen versiegelt werden müssten. Zentrales Ziel hinter dieser Forde-
612 rung ist es den Flächenverbrauch durch Nachverdichtung zu bekämpfen. Neben der ex-
613 pliziten Schaffung von Grünflächen in urbanen Gebieten, halten wir eine Begrünung von
614 Dächern und wo möglich auch Fassaden für ein zentrales Ziel einer eigenverantwortli-
615 chen Kommunalpolitik. Das sorgt für einen aktiven Klimaschutz vor Ort, reguliert das
616 städtische Klima und schafft eine lebenswertere Umwelt. Der Freistaat soll die Bauleit-
617 planung der Kommunen hierbei nicht regulatorisch einschränken, sondern durch ein
618 Kampagnensystem das Know-how zur Verfügung stellen. Darüber hinaus wollen wir die
619 Installation von Kleinwindanlagen auf geeigneten Dächern fördern und fordern hierzu
620 die Genehmigung zu vereinfachen.
- 621 • **Verbandsklagerecht – Anforderungen erhöhen:** Zentral für eine verantwortungsvolle
622 und Akzeptanz-schaffende Raumplanung ist die Beteiligung aller betreffenden Perso-
623 nen, sowohl im Raumordnungsverfahren als auch in der Bauleitplanung. Aus diesem
624 Grund halten wir an den Beteiligungs- und Anhörungsmöglichkeiten fest. Dennoch müs-
625 sen Planungsvorhaben insbesondere auch überregional beschleunigt und entbürokrati-
626 siert werden. Hierzu ist es zentral, dass Klagewellen durch organisierte Interessensver-
627 bände nicht den demokratischen Prozess im Nachhinein unterminieren und die Planung
628 in ihrem Wesenskern obsolet machen. Hierzu fordern wir die Kollektivklagemöglichkei-
629 ten (insb. nach §§ 63, 64 BNatSchG, Art. 45 BayNatSchG, § 3 UmwRG) zu limitieren.
- 630 • **Bayern zum „CleanTech Hub“ für die Kreislaufwirtschaft:** Mittelfristig müssen wir Bay-
631 ern weitgehend auf das System der Kreislaufwirtschaft umstellen, d.h. Ressourcenver-
632 brauch minimieren, die Lebensdauer von Produkten maximieren, Abfälle reduzieren
633 und somit ein vitales Ökosystem aufrechterhalten. Damit das gelingen kann, benötigen
634 wir neben gesetzgeberischer Regulation zur vollständigen Internalisierung umwelt-
635 schädigender externer Effekte einen großen Technologiesprung im Bereich der soge-
636 nannten „CleanTech“. Dazu wollen wir Bayern zum „CleanTech Hub“ für ganz Europa

637 ausbauen. Saubere, effiziente Technologien zur Produktion, Reparatur und Wiederver-
638 wertung sollen zukünftig aus Bayern kommen. Hierzu fordern wir eine koordinierte
639 Strategie durch die Staatsregierung.

640 ***Kulturträger Landwirtschaft: Landwirtschaft schafft Mittel zum Leben***

- 641 • **Landwirtschaft als Kulturträger erhalten:** „Landwirtschaft produziert Mittel zum Le-
642 ben“ - dieser Satz bezieht sich nicht nur auf die Produktion von Nahrungsmitteln, son-
643 dern gilt für uns viel umfangreicher: Die bayerische bäuerliche Landwirtschaft leistet
644 unersetzbare Landschaftspflege, sie trägt umfangreich zur Pflege der örtlichen Kultur-
645 landschaft bei. Wir fordern deshalb das bayerische Kulturlandschaftsprogramm (KU-
646 LAP) auszubauen und die Standbeine der bayerischen Landwirtschaft systematisch
647 auch auf die Energiewirtschaft (Solar, Biogas, etc.) zu erweitern. Wir wollen unsere ein-
648 malige, kleinteilige und facettenreiche Agrarstruktur erhalten. Direktzahlungsmittel
649 pro Fläche, vordergründig die Umverteilungsprämie, dürfen deshalb nicht weiter ge-
650 kürzt, sondern müssen wieder angehoben werden.
- 651 • **Grüne Gen-Technik:** Moderne Technologien wie CRISPR/Cas ermöglichen es Lebensmit-
652 tel gentechnisch so zu optimieren, dass sie ertragreicher, resistenter gegen Umweltein-
653 flüsse und nährwertreicher werden können. Dies hilft nicht nur den Hunger der Welt zu
654 bekämpfen, sondern kann auch den Einsatz von Pestiziden zielgerichteter ermöglichen.
655 Für uns ist aber auch klar, dass Einsatz und Entwicklung solcher Technologien eine adä-
656 quate ethische Abwägung bedürfen, weswegen wir die Entwicklung dieser Verfahren
657 und Produkte nicht Ländern wie China überlassen wollen. Wir fordern daher, dass die
658 Bedingungen zur Erforschung der Grünen Gen-Technik strukturell verbessert werden,
659 sodass Bayern zum Spitzenforschungs-Standort für Grüne Gen-Technik wird.
- 660 • **Repowering von Nutzfläche:** Dem Flächenverbrauch kann nicht nur durch die Reduktion
661 der Flächenneuanspruchnahme entgegengewirkt werden, sondern auch durch Rena-
662 turierung und neuer Nutzung von ausgedienten Nutzflächen. Nur so kann der vielfach
663 steigende Flächendruck im ländlichen Raum bekämpft werden. Hierzu fordern wir: Nach
664 erfolgter Nass-Auskiesung müssen entstandene Weiher wiederverfüllt und der Natur
665 und Landschaft zurückgeführt werden. Dazu muss die Verfüllung unter Wahrung des
666 Bodenschutzes erleichtert werden, sodass landwirtschaftliche Flächen so neu geschaf-
667 fen werden können. Die Renaturierungen von ehemaligen Mooren müssen kulturland-
668 schaftsschonend erfolgen.

669 • **Holz als Rohstoff zur nachhaltigen Energiegewinnung:** Zur nachhaltigen und pragmati-
670 schen Energiegewinnung gehört für uns der nachwachsende, nachhaltige Rohstoff Holz.
671 Wir sprechen uns gegen eine Deckelung des Holzverbrauchs zur Energiegewinnung aus.
672 Wir sehen in Holz, insbesondere für Privathaushalte, eine Möglichkeit der unabhängigen
673 Bereitstellung von Wärme.

674 ***Energie vor Ort: Energiepolitik eigenverantwortlich denken!***

675 Internationale Krisen und Katastrophen haben gezeigt, dass eine verantwortungsvolle und
676 sichere Energiepolitik sowohl eine internationale als auch eine eigenstaatliche Aufgabe sein
677 muss. Um die Energiesicherheit zukünftig zu gewährleisten, Blackouts zu verhindern und die
678 Erzeugerpreise stabil zu halten, müssen wir auch im Bereich der dezentralen und kommunalen
679 Energiepolitik weiter voranschreiten. Ziel muss es sein, weniger Abhängigkeit und mehr
680 Autarkie zu ermöglichen. Gerade bei EEG-Anlagen müssen Arten- und Naturschutz zwar be-
681 achtet werden, dürfen aber nicht an oberster Stelle stehen. Grundsätzlich muss bei Arten-
682 schutz gelten: Populationsschutz vor Individuenschutz. Hierzu fordern wir:

683 • **Ausbau der Energienetz-Infrastruktur dezentral denken:** Die Energieversorgung der
684 Zukunft wird deutlich von einem diversifizierten Energiemix geprägt sein (Stromnetze,
685 Wasserstoff, Gas, Biogas). Aus diesem Grund braucht es neben einer europäischen Netz-
686 politik auch eine bayerische, die dezentrale Lösungen vorantreibt. Nicht jede Technolo-
687 gie braucht die gleiche Netzinfrastruktur. Wir fordern eine eigene Netzinfrastruktur-Po-
688 litik systematisch zu entwickeln.

689 • **Keine monokasuistischen PV-Anlagen:** Im weiteren Ausbau von Solarenergie sehen wir
690 in Bayern noch großes Potential. Oftmals stehen dem aber rechtliche Probleme (bspw.
691 PV-Anlagen in Autobahnnähe) oder wirtschaftliche Fragen (bspw. Agrisolar) entgegen.
692 Diese Hürden müssen konsequent abgebaut werden und bestimmten Technologien zur
693 Marktfähigkeit verholfen werden. Bei der konkreten Ausgestaltung sehen wir hektar-
694 große PV-Anlagen zu Lasten von Grün- und Ackerflächen als nicht zielführend für unsere
695 Kulturlandschaft, den Umweltschutz und die Landwirtschaft an. Daher fordern wir für
696 Bayern den Grundsatz „keine monokasuistische Nutzung durch PV-Anlagen“. Ziel der
697 bayerischen Energiepolitik muss es sein, die ausschließliche Nutzung bzw. Umnutzung
698 von Blühflächen oder landwirtschaftlicher Nutzfläche durch PV-Anlagen zu unterbinden.
699 Um dieses Ziel zu erreichen, fordern wir die strukturelle Förderung und den Ausbau von

700 Technologien wie bspw. Agrisolar, die die gleichzeitige Nutzung von Nutzfläche für die
701 Landwirtschaft und die Energiegewinnung ermöglicht.

702 • **Verpflichtende PV-Potenzialerkennung:** Alle Landkreise und kreisfreie Städte sollen
703 dazu verpflichtet werden, eine systematische PV-Potentialerkennung durchzuführen.
704 Hierbei gilt der Grundsatz: Gebäude und versiegelte Flächen haben Vorrang vor Grün-
705 flächen! Darüber hinaus ist der Denkmalschutz für die Bestückung mit PV-Anlagen als
706 nachrangig zu betrachten und soll nur bei Denkmälern von besonders landschaftsprä-
707 gender Bedeutung bestehen bleiben. Darüber hinaus sollen kommunale Gebäude so-
708 weit möglich mit PV-Anlagen bestückt werden.

709 • **Offenheit gegenüber neuen Technologien:** Zur Überbrückung der aktuellen Energiekrise
710 halten wir den Streckbetrieb bzw. Weiterbetrieb alter Kernkraftwerke für notwendig.
711 Mittelfristig wollen wir aber den Ausstieg aus den alten Technologien. Darüber hinaus
712 sollten wir uns aber neuen Technologien nicht versperren, wie bspw. den Generation 4
713 Kernreaktoren, welche einen hohen Grad an Sicherheit ohne Atommüll versprechen. Um
714 diesen Weg zu öffnen, fordern wir Technologieoffenheit und keine ideologische gedank-
715 liche Schere. Wir fordern deshalb, dass die lange und exzellente Forschungstradition der
716 Kernenergie in Bayern wiederbelebt und Bayern zum Vorreiter bei der Erforschung
717 nachhaltiger und sauberer Kernenergie wird. Durch fortschrittlichere Reaktoren soll
718 eine Wiederverwendung des ohnehin vorhandenen aktuell ungenutzten Atommülls
719 stattfinden, sowie mehr Sicherheit und eine kürzere Endlagerung erreicht werden.